

Beschluss

Polizeireform

Das Polizeirevier an der Lilienthaler Heerstraße ist einer der jüngsten und modernsten Standorte der Polizei Bremen und leistet mit seiner Zuständigkeit für insgesamt sechs Grundschulen, vier Oberschulen, drei Jugendhäusern, einer Vielzahl von Seniorenresidenzen sowie diversen Betreuungseinrichtungen für Flüchtlinge in präventiver wie repressiver Hinsicht einen unverzichtbaren Beitrag zur inneren Sicherheit in den Stadtteilen Horn-Lehe, Oberneuland und Borgfeld. Das erst in 2013 neu eröffnete Revier ist innerhalb seines flächen- wie einwohnermäßig überproportional großen Einzugsbereiches verkehrlich optimal angebunden. Der polizeiliche Alltag dieses Reviers ist von der Aufnahme von Strafanzeigen über die Entgegennahme von Fundsachen, Beratungs- und Präventionsarbeit zur Vermeidung von Kriminalität, Fahrradregistrierungen, Hilfe bei familiären Problemsituationen, engen Kontakten zu den Schulen, der Ahndung von nachbarschaftlichen Konflikten wie Ruhestörung bis hin zur unbürokratischen Klärung örtlicher Verkehrsfragen gekennzeichnet. Darüber hinaus beteiligt sich ein eigener Streifenwagen mit ortskundigen Beamten an den 110-Notrufeinsätzen im Revierbereich. Für die Bürgerinnen und Bürger ist die schnelle und kompetente Reaktion durch die Polizei maßgebend. Nur wenn Beamte schnell vor Ort sind, kann die Sicherheit der Menschen gewährleistet werden. Mit der Umsetzung des Reformvorhabens 2600 in der Fläche ist zu befürchten, dass wertvolle Ortskunde und Erfahrung in den einzelnen Ortsamtsbereichen durch die Konzentration der Polizeiarbeit in wenigen Polizeikommissariaten verloren gehen könnten.

Die Menschen im Bremer Nordosten brauchen aufgrund seit Jahren kontinuierlich ansteigender Anforderungen jedoch nicht weniger, sondern ein Mehr an lokaler Polizeistruktur vor Ort. Vor diesem Hintergrund wurden bereits im Jahr 2016 mehrere Beiratsbeschlüsse gefasst, die einen Erhalt des Polizeireviers als Teilintegrationsrevier bei gleichzeitiger Aufstockung des Personals forderten, eine Nachbesetzung bei den KOP-Stellen verlangten und einen eigenen Streifenwagen mit ortskundigen Beamtinnen und Beamten am Revier erwarteten. Auch das Serviceangebot mit der Möglichkeit der Anzeigenaufnahme sollte aufrechterhalten werden.

„Mit mir wird es keine Revierschließungen geben, weder vor der Wahl noch nach der Wahl“ – so hat sich der amtierende Senator für Inneres, Herr Mäurer, vor fast genau 7 Jahren geäußert. Darauf haben die Bürgerinnen und Bürger in Horn-Lehe, Oberneuland und Borgfeld vertraut.

Zwar soll nach den vorgelegten Reformplänen das Revier Horn als Revier erhalten bleiben, jedoch mit deutlich reduzierter personeller Ausstattung. Da bereits seit über einem Jahr der Polizeiaußenposten in Oberneuland verwaist ist, befürchten die drei Beiräte, dass das Reformvorhaben perspektivisch darauf ausgerichtet ist, die Anzahl der Revierstandorte in der Stadtgemeinde Bremen sukzessive weiter zu reduzieren. Wertvolle Ortskunde und Erfahrung in den einzelnen Ortsamtsbereichen gingen damit verloren.

Die Regierungskoalition hat als Ziel für die Wahlperiode 2015 bis 2019 zum Thema „Bürgernahe Polizeiarbeit“ beschlossen, dass die Menschen in Bremen und Bremerhaven

sicher sein und sich sicher fühlen sollen. Sie hat weiter beschlossen, dass die zukünftige Polizeiarbeit auf 3 Säulen ruht - eine zentrale Polizeidirektion, in der Aufgaben wie Personal, Finanzen, Ausbildung oder auch der IT-Bereich gebündelt sind, eine Direktion Einsatz für den gesamten Bereich Gefahrenabwehr, welche den Einsatzdienst, die Sonderlagen und die Regionale Polizeiarbeit umfasst und schließlich die Direktion Kriminalpolizei für die Bereiche Ermittlung und Strafverfolgung.

Die Beiräte Horn-Lehe, Oberneuland und Borgfeld erkennen an, dass sich die Sicherheitslage und die Anforderungen an die Polizei verändert haben und daher die Notwendigkeit besteht, dass die Polizeistrukturen stets zeitgemäß weiterentwickelt werden müssen. Dabei kann auch eine personelle Zielzahl nicht unantastbar sein, sondern muss sich an den Bedarfen orientieren. Die drei Beiräte begrüßen, dass das Personal wenigstens auf 2.600 Stellen aufgestockt wird, auch wenn das kaum ausreichen wird, um die zusätzlichen Aufgaben zu bewältigen und das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung ausreichend zu befriedigen.

Sicherheit ist ein hohes Gut. Sicher zu sein und sich sicher zu fühlen sind wesentliche Faktoren der Lebens- und Standortqualität. Die Menschen in Horn-Lehe, Oberneuland und Borgfeld erwarten eine leistungsstarke und bürgernahe Polizei. Die Polizei muss in Notfällen schnell am Einsatzort und für die Bürgerinnen und Bürger als Ansprechpartner verlässlich vor Ort sein.

Die Beiräte Horn-Lehe, Borgfeld und Oberneuland haben in der gemeinsamen Sitzung am 06.04.2017 die Ausführungen des Senators für Inneres und der Polizei Bremen zur Strukturreform 2600 zur Kenntnis genommen. Sofern an dieser Neuausrichtung der Polizei Bremen festgehalten werden soll, erwarten die von dieser Reform betroffenen Beiräte, dass über die nachfolgend aufgeführten Punkte ein politisches Einvernehmen mit dem Senator für Inneres erzielt wird:

1. Alle KOP-Stellen werden erhalten und zeitnah nachbesetzt,
2. Alle derzeitigen Standorte bleiben aufrechterhalten,
3. Die Verkehrssachbearbeitung ist auch weiterhin Aufgabe des örtlichen Polizeireviers,

Die Präsenz der Polizei vor Ort in den Stadtteilen und die Ansprechbarkeit zu festen Zeiten ist für die Bürger von besonderer Bedeutung.

4. Es wird sichergestellt, dass auch weiterhin zumindest zu bestimmten Zeitfenstern die Anzeigenaufgabe vor Ort möglich ist. Gleichzeitig ist sicherzustellen, dass an mindestens einem Werktag arbeitnehmerfreundliche Öffnungszeiten im Polizeirevier Horn vorgehalten werden. Das Angebot der Online-Wache soll ausgebaut werden.

Mit der für die Polizei wichtigen Bürgernähe hat die geplante Zentralisierung von Aufgaben nichts gemein. Es ist erforderlich, dass die Polizei in allen Dienststellen während der Öffnungszeiten zumindest bei telefonischer Voranmeldung Anzeigen aufnimmt, auch wenn diese danach zentral bearbeitet werden.

5. Die Abdeckung mit Fahrzeugen im 110-Prozess ist mindestens genauso gut wie zurzeit und die Fahrzeugbesatzungen verfügen über die notwendige Ortskenntnis,

Die drei Beiräte gehen davon aus, dass sich mindestens ein Streifenwagen mit ortskundigen Beamtinnen und Beamten außerhalb von 110-Einsätzen in den drei Stadtteilen bewegt. Im Falle eines Notrufs muss die Polizei innerhalb kürzester Zeit vor Ort sein.

6. Den Beiräten, den Vereinen und Einrichtungen der Stadtteile steht in Person der Revierleitung eine kompetente Ansprechperson für die Innere Sicherheit im Stadtteil zur Verfügung,

7. Es wird sichergestellt, dass die regionalen Schwerpunktkräfte den Stadtteilen auch verlässlich zur Verfügung stehen und nicht für zentrale Aufgaben abgezogen werden,
8. Dem Revier steht ein eigener Streifenwagen für Reviertätigkeiten zur Verfügung, der im Bedarfsfall auch im 110 Prozess unterstützen kann,
9. Die zentralen Einheiten der Polizei Bremen entfalten ebenfalls in Schwerpunktmaßnahmen besondere Aktivitäten z.B. zur Bekämpfung von Wohnungseinbruchsdiebstahl in Horn-Lehe, Oberneuland und Borgfeld,
10. Die unverzügliche Einführung eines flexiblen Terminvergabesystems über das ganze Stadtgebiet erfolgt, das auch die Lebenslagen Berufstätiger berücksichtigt,
11. Mit der geplanten Organisation muss zwingend eine spürbare Personalaufstockung bei der Polizei Bremen einhergehen, die sich an einer nachvollziehbaren Zielzahl orientiert. Der Senator für Inneres wird deshalb gebeten, in Abstimmung mit der Finanzsenatorin den tatsächlichen Personalbedarf für die Polizei Bremen zu ermitteln.

Dazu könnten auch Vergleiche mit Polizeien anderer vergleichbarer Großstädte Aufschluss geben. Ein diesbezügliches politisches Vorgehen des Senators für Inneres würde auch in anderen Beiratsbereichen auf breite Zustimmung stoßen.

Die drei Beiräte stehen an der Seite der Polizei. Sie werden sie nach Kräften in ihrem Bestreben unterstützen, die Sicherheitslage zu verbessern. Die geplante Organisation mag einen Beitrag dazu leisten. Politisch wünschen sich die drei Beiräte aber, dass dieses nicht zu Lasten des Sicherheitsgefühls der in den drei Beiratsbereichen lebenden Bevölkerung geschieht

Angenommen mit 8 Ja Stimmen und 1 Enthaltung